

Forum Bildungspolitik in Bayern
Herrn Dr. h. c. Albin Dannhäuser
Bavariaring 37

80336 München

**Prof. Dr. Gerhard
Waschler**

Vorsitzender des
Arbeitskreises für Bildung,
Jugend und Sport

München, 23.06.2008
- Ki/sc -
(bitte bei Antwort angeben)

Sehr geehrter Herr Dr. Dannhäuser,

vielen Dank für die Einladung zur Podiumsdiskussion am Montag, den 23.06.2008. Die von Ihnen vorgelegten Fragen zur Diskussion beantworte ich wie folgt:

1. Größtmöglicher Lern- und Bildungserfolg für alle

Die Bildungspolitik ist die Wirtschafts- und Sozialpolitik des 21. Jahrhunderts. Sie gehört deshalb zu unseren politischen Schwerpunkten. Wir haben mit unserer Bildungspolitik die Bildungseinrichtungen immer wieder weiterentwickelt und mit großem Erfolg verbessert, wie ihre Leistungen eindrucksvoll zeigen.

Wie für das gesamte bayerische Bildungssystem gilt insbesondere auch für den Bereich der Kindertageseinrichtungen, dass diese einen unverzichtbaren Beitrag zur Chancengerechtigkeit für alle Kinder leisten, insbesondere Kinder mit Migrationshintergrund oder Entwicklungsdefiziten gezielt fördern.

Unsere Schulen garantieren größtmöglichen Lern- und Bildungserfolg. Lern- und Bildungserfolg hat vor allem der, der nach Abschluss der Schule einen Arbeits-, Ausbildungs- oder Studienplatz erhält, der seinen Anlagen, Neigungen und Interessen entspricht. Die neuesten Arbeitsmarktzahlen belegen, dass wir mit 3,3 % die niedrigste Jugendarbeitslosenquote im Bundesgebiet (Bundesdurchschnitt 6,6 %) haben und weit unter dem europäischen Durchschnitt liegen. Die hohe Qualifikation unserer bayerischen Schülerinnen und Schüler überzeugt nicht nur die Arbeitgeber, sondern spiegelt sich auch in internationalen Leistungsstudien wider:

Bayern ist aus der letzten PISA-Länderauswertung als klarer Sieger hervorgegangen. Unsere Schülerinnen und Schüler haben in allen Testbereichen bundesweit die besten Ergebnisse erzielt. Im Problemlösen und den Naturwissenschaften haben wir den unmittelbaren Anschluss an die PISA-Sieger Korea, Finnland und Japan erreicht und gehören auch im Übrigen zur internationalen Spitzengruppe. Das gilt insbesondere auch für die in 9.2 der Studie festgestellte Kopplung zwischen sozialer Herkunft und Kompetenzniveau.

Der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Kompetenzerwerb ist ein Indikator für Chancengerechtigkeit im Bildungssystem und für die Nutzung von Bildungsressourcen. Eine enge Kopplung von Kompetenz und sozialer Herkunft deutet auf ein Verbesserungspotential hin. Während in vielen Bundesländern, wie beispielsweise in Hamburg, Bremen und Berlin, eine bedenkliche Kombination von niedrigem Kompetenzniveau bei gleichzeitig hoher Abhängigkeit der schulischen Leistungen von der sozialen Herkunft festgestellt wurde, hat Bayern hier ein sehr erfreuliches Ergebnis erzielt. Bayern erreicht gleich nach Finnland, Japan und Kanada ein sehr hohes Kompetenzniveau bei sehr geringer Koppelung der schulischen Leistungen mit der sozialen Herkunft der Schüler (vgl. Abbildung 9.2 der Studie).

Gerade Kinder aus bildungsfernen Schichten werden in Bayern sehr viel besser gefördert als in anderen Bundesländern. Das zeigt sich auch darin, dass in Bayern die so genannte PISA-Risikogruppe (Anteil der nicht ausbildungsreifen 15-Jährigen) bundesweit am kleinsten ist. Die immer wieder aufgestellte Behauptung, das bayerische Schulsystem sei zwar sehr gut, aber ungerecht, weil ein enger Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg bestehe, muss deshalb zurückgewiesen werden!

In unserem gegliederten und durchlässigen Schulsystem werden inzwischen 43 % der Hochschulzugangsberechtigungen nicht mehr über das Gymnasium, sondern vor allem über den beruflichen Bildungsweg erworben. Gerade diese Studenten werden an Hochschulen wegen ihrer Zielstrebigkeit besonders geschätzt.

Die Zahl der Schüler, die eine Klasse wiederholen müssen, ist in Bayern stark gesunken. Durch Maßnahmen wie das Vorrücken auf Probe und durch verstärkte individuelle Förderung konnte beispielsweise am Gymnasium die Zahl der Pflichtwiederholer von 3,1 % im Schuljahr 2000/01 auf 1,7 % im Schuljahr 2007/08 gesenkt werden.

In Bayern liegt der Anteil der Schüler, die die Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen, mit 7,2 % weit unter dem Bundesdurchschnitt. Knapp die Hälfte davon, nämlich 3,41 %, haben die Volksschulen zur sonderpädagogischen Förderung besucht und können trotz intensiver Förderung nicht zu einem Abschluss geführt werden.

Diese verhältnismäßig niedrige Quote von Schülern ohne Abschluss in Bayern ist das Ergebnis unserer Anstrengungen, alle Schüler zu einem qualitativ möglichst hochwertigen Abschluss zu führen.

Aber auch bei den Schülern, die trotz intensiver Förderung keinen Hauptschulabschluss erreichen können, bieten wir eine Vielzahl von Angeboten wie beispielsweise unsere bewährten Praxisklassen. Ziel unserer Politik ist es, jedem ausbildungsfähigen und -willigen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz oder ein anderes Qualifizierungsangebot zur Verfügung stellen zu können. Als besonders erfolgreiches Instrument hat sich hierzu insbesondere das Programm „Fit for Work“ erwiesen. Auch im Rahmen der Erwachsenenbildung ist es möglich, den Hauptschulabschluss nachzuholen.

Eine große Zahl von Schülern ohne Schulabschluss schließen eine Berufsausbildung ab und erwerben damit einen berufsbildenden Abschluss.

Unser ausdifferenziertes Schulsystem bietet damit größtmöglichen Lern- und Bildungserfolg für alle und wird immer wieder weiterentwickelt. Der Grundsatz „kein Abschluss ohne Anschluss“ gilt bei uns auch für lernschwache Schüler.

2. Ausbau der frühen und individuellen Förderung

Individuelle Förderung ist nur auf der Grundlage einer genauen und systematischen Beobachtung des Entwicklungsverlaufs der Kinder möglich. Diese Aufgabe des pädagogischen Personals ist schon in der Ausführungsverordnung zum Bayer. Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz (BayKiBiG) explizit festgehalten.

Schlüssel für den Bildungserfolg ist insbesondere die sichere Beherrschung der deutschen Sprache. Hierzu haben wir ein Gesamtkonzept entwickelt, das bereits im Kindergarten ansetzt und bis in die Familien hinein reicht.

Alle Kinder mit Sprachentwicklungsverzögerungen bedürfen einer besonderen und möglichst frühzeitigen Sprachförderung. Der CSU-Fraktion war und ist es daher ein besonderes Anliegen, dass der Bildungsbereich Sprache in den Kindertageseinrichtungen eine besonders hohe Gewichtung erhält.

Für die Schule gilt der Grundsatz: „Die Sprache ist nicht alles, aber ohne die Sprache ist alles nichts“. Aus diesem Grunde haben wir beschlossen, dass kein Kind mehr ohne die erforderlichen Deutschkenntnisse eingeschult werden soll.

Die intensive Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund wird nicht nur durch eine erhöhte staatliche und kommunale Förderung sichergestellt und auf der Grundlage von Sprachstandserhebungen ab der 2. Hälfte des vorletzten Kindergartenjahres umgesetzt, sondern darüber hinaus im letzten Kindergartenjahr in Kooperation von Kindergarten und

Grundschule durch spezielle Vorkurse mit 240 Stunden unterstützt. Hier werden Grundschullehrerinnen im Kindergarten eingesetzt.

Zudem hat der Bayerische Landtag auf Initiative der CSU-Fraktion die Staatsregierung beauftragt, ein Konzept zur Verbesserung der Sprachförderung auch für Kinder ohne Migrationshintergrund zu entwickeln. Inzwischen wurde dafür ein Sprachberaterprogramm aufgelegt, bei dem 200 Sprachberater bis 2011 speziell geschult werden, um die pädagogischen Kräfte bei ihrer alltäglichen Sprachförderung konzeptionell zu unterstützen. Hierfür stellt der Freistaat 44 Millionen € zur Verfügung.

In der Schule haben wir besondere schulische Fördermaßnahmen, wie Deutschförderkurse, Deutschförderklassen und Übergangsklassen eingerichtet. Gelingende Integration setzt die Kooperation der Kinder und Familien mit der Schule voraus. Hier hat sich unser Programm „Mama lernt Deutsch“ sehr gut bewährt.

Für besondere Schwierigkeiten z. B. beim Erlernen des Lesens und Schreibens wird an der Schule bei Bedarf ein besonderer Förderunterricht eingerichtet. Im Schuljahr 2007/08 wurden 4.092 Lese-Rechtschreib-Kurse an 1.466 Grund- und Hauptschulen eingerichtet. Außerdem können die Schulen die Hilfe der Mobilen Sonderpädagogischen Dienste in Anspruch nehmen.

Die Möglichkeiten zur frühen individuellen Förderung werden in Bayern entsprechend den Bedürfnissen ausgebaut und verbessert.

3. Mehr Zeit und Expertenhilfen für den schulischen Erziehungsauftrag

In Kindertageseinrichtungen ist die Bildungs- und Erziehungsarbeit nicht auf den Erwerb speziellen Faktenwissens, sondern von Basiskompetenzen gerichtet. Dass hierzu insbesondere soziale Kompetenzen, die Vermittlung von Werten, gegenseitigem Respekt und Verantwortungsbewusstsein zählen, ist der CSU ein besonderes Anliegen, das im BayKiBiG, der Ausführungsverordnung und dem Bayer. Bildungs- und Erziehungsplan umgesetzt wird.

In unseren Schulen haben wir in Zeiten, in denen der schulpolitische Zeitgeist ganz anderes forderte, daran festgehalten, dass Schule fördern, aber auch fordern muss. „Die Schulen sollen nicht nur Wissen und Können vermitteln, sondern auch Herz und Charakter bilden“ – diese programmatische Aussage in Art.131 Abs. 1 der Bayerischen Verfassung war für uns schon immer eine besondere Verpflichtung. Unsere Schulen setzen diesen in der Verfassung verankerten Bildungs- und Erziehungsauftrag beispielsweise durch eine konsequente Werteerziehung um.

Die kulturelle Bildung und Werteerziehung an unseren Schulen haben in Bayern grundlegende Bedeutung, weil sie das Fundament für die Entwicklung der Persönlichkeit und die Bildung unserer Kinder legen. Einen wich-

tigen Stellenwert nimmt in diesem Zusammenhang die Entwicklung und Förderung des Lern-, Arbeits- und Sozialverhaltens ein, wie es in der Wiedereinführung der Kopfnoten in den Zeugnissen zum Ausdruck kommt. Die aktuelle Bedeutung des Themas kommt auch in der Werteinitiative und im Wertekongress vom 20. Februar 2008 zum Ausdruck.

Zur weiteren Verbesserung des schulischen Erziehungsauftrages setzen wir vor allem auf die Stärkung der Erziehungspartnerschaft zwischen Eltern und Lehrern, wie in unserer Entschließung vom 16. Januar 2008 zum Ausdruck kommt.

Neben der Schulberatung durch Beratungslehrer, Schulpsychologen und Schulberatungsstellen bauen wir die Jugendsozialarbeit an Schulen aus, die wir auf alle Schularten ausdehnen wollen.

Schließlich haben wir mit dem Antrag „Bildungs- und Erziehungsort Schule stärken“ (Drs. 15/8152) den Einsatz von Externen in der Schule erleichtert. Insbesondere im Rahmen der Nachmittagsbetreuung können die Schulen mit dem vorgesehenen Budget zusätzliches pädagogisches Personal, wie beispielsweise Erzieherinnen oder Diplomsozialpädagogen beschäftigen.

4. Bessere Abstimmung zwischen den Bildungsstufen und mehr Vielfalt

Für die Frage, wie gut die Verzahnung von Kindergarten und Grundschule gelingt, kommt es entscheidend darauf an, wie gut die pädagogischen Teams der Kindertageseinrichtungen und die Lehrkräfte an den Grundschulen vor Ort zusammenarbeiten.

Die Einführung eines kostenfreien Kindergartenjahres ist als Beitrag zur finanziellen Entlastung aller Familien auch wichtig, sollte jedoch erst nach der Verbesserung des Anstellungsschlüssels und daher als mittelfristiges Ziel verfolgt werden. Die CSU lehnt es hingegen entschieden ab, das letzte Jahr im Kindergarten verpflichtend einzuführen. Wir setzen weiterhin auf die Partnerschaft mit den Eltern statt auf ihre staatliche Bevormundung.

Aufbauend auf dem bestehenden Bildungs- und Erziehungsplan beabsichtigen wir eine Weiterentwicklung für die Altersgruppe von 0 bis 18 Jahren, womit wir eine noch bessere Abstimmung auch zwischen den einzelnen Schularten erreichen wollen.

Auf Initiative der CSU-Fraktion soll das Übertrittsverfahren unter anderem durch bessere Information aller Beteiligten über die verschiedenen Bildungswege und eine bessere Kooperation der am Übertrittsverfahren beteiligten Schulen verbessert werden (Drs. 15/8147). Mit unserem Programm „Bildungsland Bayern“ werden künftig an staatlichen Gymnasien und Realschulen erfahrene Grundschullehrkräfte im zeitlichen Umfang von durchschnittlich 8 (Gymnasien) bzw. 6 (Realschulen) Stunden eingesetzt,

um den Übergang der Kinder an die weiterführenden Schulen zu begleiten und die Beratungsmöglichkeiten zu verbessern. Hierzu erhalten die Grundschulen Mittel für weitere 156 Stellen. Außerdem führen wir in der 5. Klasse der Hauptschule eine zusätzliche Förderstunde ein. Damit stärken wir die Möglichkeit, noch an die Realschule oder das Gymnasium überzutreten.

Wir wollen die Durchlässigkeit des Schulsystems weiter erhöhen. Bereits jetzt haben wir die Hochschulzugangsberechtigung für alle Meister eröffnet. Auf Initiative der CSU-Fraktion (Drs. 15/10217) wurde mit der „Berufsschule plus“ die Möglichkeit eröffnet, an der Berufsschule neben dem Berufsschulabschluss auch die Fachhochschulreife zu erwerben. Schon jetzt ist die FOS 13, die den Erwerb der allgemeinen Hochschulreife ermöglicht, ein großer Erfolg. Mit Beginn des neuen Schuljahres wird die Berufliche Oberschule eingeführt.

5. Größere Eigenverantwortung und Mitgestaltungsrechte

Die Träger von Kindertageseinrichtungen genießen als freie Träger große pädagogische, organisatorische und rechtliche Gestaltungsfreiheit. Die einzige staatliche Vorgabe, die erfolgt, ist, dass Kindertageseinrichtungen bestimmte Bildungs- und Erziehungsziele erfüllen müssen, wenn sie einen Anspruch auf Förderung genießen möchten.

Unsere Schulen sind, mit Ausnahme der Schulen in privater oder kommunaler Trägerschaft, staatlich. In den letzten Jahren wurden große Freiräume für staatliche Schulen geschaffen. Vorreiter waren die beruflichen Schulen und die Realschulen, die dort, wo es erforderlich war, mehr Handlungsspielraum eingefordert und erhalten haben. Inzwischen ziehen auch die Gymnasien mit der Bildung von Vertretungspools und der Verwaltung eines eigenen Budgets für Vertretungskräfte und pädagogisches Personal nach. Im Rahmen der Schulversuche MODUS 21 und Modus F gibt es eine Vielfalt von Maßnahmen und Handlungsspielräume, die längst nicht alle ausgeschöpft werden. Auch im Rahmen der Hauptschulreform gilt das Motto von Staatsminister Schneider „Loslassen und Zulassen“.

Selbständigkeit lässt sich aber nicht von oben verordnen, sondern muss von unten herauf wachsen. Wir dürfen beispielsweise unsere Volksschulen, die früher streng (mit einer Vielfalt von detaillierten Richtlinien und Anweisungen) von oben geführt wurden, auch nicht überfordern. Solange die gegebenen Freiräume nicht genutzt werden, besteht kein aktueller Handlungsbedarf, den bestehenden Rahmen weiter auszudehnen.

6. Professionalität und Anerkennung des Erziehungs- und Lehrpersonals

Die gute Mischung aus fundierter Theorievermittlung und früher praktischer Übung in der bayerischen Erzieher- und Erzieherinnenausbildung in Fachakademien hat sich aus Sicht der CSU-Fraktion bestens bewährt. Wir

verwahren uns daher mit aller Entschiedenheit gegen Versuche, die mit hohem Engagement geleistete, anspruchsvolle Bildungs- und Erziehungsarbeit zu diskreditieren. Die dahinter stehende Arroganz gegenüber nicht-akademischen Ausbildungen verkennt das hohe Niveau dieser Ausbildung. Der Vergleich mit anderen europäischen Staaten hinkt, weil beispielsweise in England eine qualifizierte Berufsausbildung oft nur an Hochschulen möglich ist, wie das Beispiel des „bachelor of hairdressing“, der an Universitäten und Colleges angeboten wird, deutlich vor Augen führt.

Die stetige Forderung nach einer Akademisierung der Erzieher- und Erzieherinnenausbildung untergräbt daher gerade die gesellschaftliche Anerkennung, die ihre Verfechter doch eigentlich anstreben. Die neuesten pädagogischen, entwicklungspsychologischen und neurophysiologischen Erkenntnisse werden kontinuierlich bei der Aktualisierung der Lehrpläne für die Fachakademien und bei den Fortbildungsangeboten berücksichtigt. Weiterhin muss beim internationalen Vergleich berücksichtigt werden, dass beispielsweise in Frankreich die Kinderbetreuung überwiegend in den eigenen vier Wänden zumeist durch ungelernte Nannys, die oft als Aupair arbeiten, erfolgt.

In der Lehrerausbildung überscheiden wir sowohl bei den Studienzeiten als auch mit unserer Referendarzeit europäische Standards. In vielen Staaten dauert die Ausbildung zum Lehrer, entsprechend der europäischen Regelstudienzeit für den Bachelor, oft nur drei Jahre (einschließlich der eventuellen abschließenden berufsqualifizierenden Ausbildungsphase). Die Ausbildung zum Lehrer in Bayern ist dagegen sehr anspruchsvoll und zeitaufwändig. Die Qualität wird durch die erste Staatsprüfung, die anschließende Referendarzeit und die zweite Staatsprüfung gesichert. Mit der Umstellung der Lehramtsstudiengänge haben wir die Möglichkeit eröffnet, auf dem Weg zur ersten Staatsprüfung mit der Hochschulprüfung als Bachelor of Education einen ersten berufsqualifizierenden Abschluss zu erwerben. Die erziehungswissenschaftlichen Anteile des Studiums wurden auf Initiative der CSU-Fraktion gestärkt.

Die öffentliche Anerkennung des Lehrerberufes kann nicht verordnet werden. Von staatlicher Seite wird der Lehrerberuf sehr hoch geschätzt und anerkannt. Sowohl bei den Anforderungen an die Ausbildung (Ausbildungsdauer und Staatsexamen) als auch bei der Besoldung und dem rechtlich privilegierten Status als Beamter wird die hohe Wertschätzung für den Lehrerberuf von staatlicher Seite zum Ausdruck gebracht. Nach der OECD-Studie „Bildung auf einen Blick 2007“ liegen die Lehrergehälter in Deutschland weit über dem OECD-Durchschnitt und werden nur von wenigen Staaten wie der Schweiz und Liechtenstein übertroffen. Aus unserer Sicht leidet das Berufsbild vor allem an den negativen Veröffentlichungen einiger Lehrerverbände. Das negative Selbstbild, das von manchen Verbänden immer wieder gezeichnet wird, und der daraus entstehende Imageschaden, lassen sich durch staatliches Lob und Imagekampagnen nicht wieder gut machen.

Bereits in den nächsten Jahren ist ausweislich der Zahl an Lehramtsstudenten in den meisten Fächern wieder mit einem Überschuss an Bewerbern zu rechnen. Ein strukturell bedingter Mangel zeichnet sich aber weiterhin in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern ab, weil viele Studenten am Arbeitsmarkt „vorbeistudieren“ und geisteswissenschaftliche Fächer bevorzugen.

7. Investitionen in Bildung auf internationalem Niveau

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist als Maßstab für Bildungsausgaben nur bedingt geeignet, weil beispielsweise die Höhe des staatlichen Haushaltsvolumens und der staatlichen Transferleistungen, wie im Rahmen des Länderfinanzausgleichs an Empfängerländer, dabei nicht berücksichtigt wird.

Die CSU hat sich in ihrer Entschließung „Politik für Kinder“ dazu bekannt, dass den Ausgaben für Einrichtungen und Maßnahmen zur Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern bei der Verteilung der Ressourcen im Bildungsbereich Priorität einzuräumen ist. Diese Prioritätensetzung lässt sich schon in der Vergangenheit an der Entwicklung der staatlichen Haushaltsmittel ablesen, die sich allein für die Betriebskostenförderung für Kindertageseinrichtungen von 493 Mio. € im Jahr 2003 auf 588 Mio. € im Jahr 2007 gesteigert haben. Mit der Entscheidung, den Anstellungsschlüssel schrittweise zu verbessern, werden sich die Ausgaben noch einmal signifikant erhöhen.

Nach einer Studie der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln: „Wo die Bildungslandschaft blüht“ liegt Bayern bundesweit bei den Ausgaben für allgemeinbildende Schulen je Schüler im prozentualen Verhältnis zu den öffentlichen Gesamtausgaben je Einwohner im Erhebungsjahr 2002 an der Spitze.

Durch die konsequente Politik der Haushaltskonsolidierung haben wir Freiräume geschaffen, die wir nun für weitere Investitionen in die Bildung unserer Kinder nutzen. Mehr Lehrer, mehr Ganztagsangebote und kleinere Klassen – das ist der Kern des Programms „Bildungsland Bayern“, das im April vom Freistaat auf den Weg gebracht wurde. Der Freistaat investiert schon jetzt rund ein Drittel des Staatshaushaltes in das Bildungswesen, die Forschung und die Hochschulen. Als Kern des Maßnahmenpaketes „Bildungsland Bayern“ stellen wir alleine in diesem Haushaltsjahr Mittel für 2.245 neue Lehrer zur Verfügung.

Nach der Erhebung zur Unterrichtsversorgung ist der Anteil der ersatzlos ausgefallenen Stunden an den Volksschulen von Herbst 2006 auf Herbst 2007 von 1,4 Prozent auf 1 Prozent, an Realschulen sogar von 2,4 Prozent auf 1,5 Prozent gesunken.

Die Mobilien Reserven an den Volksschulen wurden auf Initiative der CSU-Fraktion nach dem Forchheimer Modell stärker auf die krankheitsbedingte Belastung ab den Monaten November, Januar und Februar konzentriert.

Die Anzahl der Mobilen Reserven wurde im Januar um 80 zusätzliche Stellen, Mitte Februar um 50 auf dann insgesamt 2180 Stellen aufgestockt. Dazu wurden an Gymnasien und Realschulen Vertretungspools gebildet und als Ergebnis der Anhörung zum G8 im Bayerischen Landtag mit einem eigenen Budget ausgestattet, das nun von 15.000 auf 25.000 € erhöht wurde.

Unser Ziel ist es, die Klassenhöchstgrenze in den nächsten Jahren weiter abzusenken, an Grundschulen möglichst auf 25 Schüler und an weiterführenden Schulen möglichst auf 30 Schüler pro Klasse. Bereits im Schuljahr 2008/2009 werden wir an Grund- und Hauptschulen keine Klassen über 30 Schüler mehr haben. An Realschulen, Gymnasien und der neuen Beruflichen Oberschule kann mit dem Abbau der Klassen über 32 Schüler begonnen werden.

Zu den angesprochenen Investitionskostenzuschüssen für private Schulen wurden im Nachtragshaushalt für private Förderschulen zusätzlich 90 Mio. € und für private Volksschulen zusätzlich 10 Mio. € zur Verfügung gestellt.

Mit großem finanziellem Aufwand bauen wir die Angebote zur Ganztagsbetreuung in Bayern aus. Der Freistaat verfügt derzeit über ca. 1.000 Ganztagschulen. Davon sind 222 gebundene (40 Grundschulen, 161 Hauptschulen, 9 Realschulen, 12 Gymnasien) und 782 offene Ganztagschulen. Das Netz an Ganztagschulen wird weiter bedarfsgerecht ausgebaut. Dabei achten wir aber darauf, dass für die Eltern die Wahlmöglichkeit zwischen Ganztags- und Halbtagschule erhalten bleibt. Im neuen Schuljahr können an 175 zusätzlichen Hauptschulstandorten und außerdem an 30 Förderschulen gebundene Ganztagsklassen eingerichtet werden. Außerdem können wir die Mittagsbetreuung an Grundschulen in 1.700 Gruppen von 13:00 auf 16:00 Uhr verlängern.

Mit den dafür erforderlichen Investitionen aus dem Programm „Bildungsland Bayern – beste Bildung für alle“ setzt Bayern einen weiteren Schwerpunkt in der Bildungspolitik.

Mit freundlichen Grüßen

Professor Dr. Gerhard Waschler